Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 53	S0240/11	28.09.2011

zum/zur

A0125/11 der Fraktion *BÜNDNIS 90*/DIE GRÜNEN

Bezeichnung

Mehr Transparenz beim Restaurantbesuch

Verteiler	Tag
Der Oberbürgermeister	11.10.2011
Gesundheits- und Sozialausschuss	16.11.2011
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	24.11.2011
Stadtrat	08.12.2011

Die Verbraucherschutzministerkonferenz verständigte sich im Mai 2011 auf einer Sondersitzung in Bremen fast einstimmig (Bayern stimmte dagegen) auf ein bundeseinheitliches Modell zur Veröffentlichung der Ergebnisse von Betriebskontrollen, die die amtliche Lebensmittelüberwachung durchführt. Die Konferenz forderte Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner auf, kurzfristig einen entsprechenden Gesetzesentwurf auf den Weg zu bringen, so dass das Transparenzsystem bereits zum 1. Januar 2012 in Kraft treten könnte.

Dass bis zum heutigen Tag ein solches Gesetz nicht vorliegt, ist auch damit begründet, dass Verbraucherschutz und Lebensmittelhygiene im Grunde Ländersache sind und dass es zu dem geplanten Kontrollsystem eine Reihe von erstzunehmenden Kritiken gibt. So hat die Wirtschaftsministerkonferenz das Ampelsystem abgelehnt und auch die Verbraucherschutzministerkonferenz konnte sich bisher nicht festlegen und wird die Fragestellung in der Zukunft erneut auf die Tagesordnung setzen.

Da die für ein Gesetz notwendigen Abstimmungen auf Bundesebene noch erfolgen werden, ist wohl mit einem Bundesgesetz in Zukunft nicht zu rechnen.

Für eine adäquate Umsetzung dieser geplanten Bundesverordnung bedarf es im erheblichen Umfang der Einstellung weiterer Lebensmittelkontrolleure, bis hin zu einer Verdoppelung des jetzigen Personals. Nach meiner Kenntnis ist hier eine Kostenübernahme von Bund und Ländern nicht vorgesehen. Zudem ist eine juristische Absicherung von Nöten, denn eine gelbe oder rote Bewertung würde einer Schließung des Betriebes gleich kommen.

Sobald eine bundeseinheitliche Regelung existiert, wird sich das Dezernat V zu den Voraussetzungen einer möglichen Realisierung äußern.

Brüning